



Werbung

19.11.2025 • 32 

Regionalbericht

IWF stellt Deutschlands Wirtschaft düstere Prognose aus: Jahrelanger Stillstand zu erwarten

Der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht Europas Wirtschaft in schwierigem Fahrwasser. Eine ausgedehnte Phase des Stillstands sei zu erwarten.



Jonas Aston
X @Jns_Astn



An advertisement for Apollo News. On the left, a man with grey hair and glasses, wearing a dark suit and tie, is seated and looking towards the right. The background is a collage of newspaper clippings. One clipping on the left is dated '28.-30. April 2024' and mentions 'MONT BLANC'. Another clipping in the center is titled 'Ihre TOP-ASSETS' and lists several points. A third clipping on the right is titled 'ERHARD GIPFEL' and mentions 'TEUERER SEHMIT'. Overlaid on the right side of the image is the text 'Kritischer Journalismus lebt von Ihrer Unterstützung.' in white and yellow. At the bottom right, there is a white box containing the Apollo News logo (a stylized 'A' with a blue and yellow circle) and the text 'Freund von Apollo News werden »'.

Zeit der kreditfinanzierten Nach-Corona-Erholung vorüber. IWF-Europa-Direktor Alfred Kammer warnte bei der Präsentation in Brüssel, dass Europa nun vor einer ausgedehnten Phase des Stillstands stehe. Die anhaltenden Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten sowie neue Zollbarrieren aus den USA verschärfen die Situation zusätzlich. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland stagnierte dabei besonders: Eurostat verzeichnete für die Sommermonate lediglich ein Plus von 0,2 Prozent.

Zudem geraten öffentliche Haushalte durch den demografischen Wandel zunehmend unter Druck. Gestiegene Ausgaben für Rente und Gesundheit führen laut IWF zu ernsthaften strukturellen Problemen. Im Report heißt es: „Über einen Zeitraum von 15 Jahren und ohne Wachstumsreformen, ohne Haushaltskonsolidierung und ohne Änderungen bei den öffentlichen Programmen würde die Verschuldung eines durchschnittlichen europäischen Landes bis 2040 auf 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ansteigen – oder sogar 155 Prozent, da einige der höchsten Schuldenquoten auf die größeren Volkswirtschaften Europas entfallen.“ Damit würde sich die aktuelle Schuldenlast im europäischen Durchschnitt nahezu verdoppeln.

Werbung



The advertisement shows a large, modern building with a glass facade and a swimming pool in the foreground. The scene is set in winter, with snow on the ground and trees. The building has a sign that reads 'LINDENWIRT' and 'WELLNESS MEETS ONENESS'. A circular graphic on the left contains the text 'Auszeit im bayerischen Wald' and 'Jetzt anfragen' with a hand icon pointing to a button. The main text at the bottom reads 'Winter spüren, Wärme finden'.

Auszeit im bayerischen Wald
Jetzt anfragen

LINDENWIRT
WELLNESS MEETS ONENESS

Winter spüren, Wärme finden

Die Schuldenstände von Griechenland (151 Prozent), Italien (138 Prozent), Frankreich (116 Prozent), sowie Belgien (106 Prozent) und Spanien (103 Prozent) übersteigen bereits die jährliche Wirtschaftsleistung. Dadurch wachsen die finanziellen Belastungen durch Zinsen und hochverschuldete Länder sind in ihrer Handlungsfähigkeit bei Krisen massiv eingeschränkt. Die europäischen Nationalstaaten würden aus diesem Grund nun enorme Probleme haben, ihren Sozialstaat zu finanzieren sowie immer weitere Rüstungsausgaben aufbringen zu können. Es zeigt sich bereits jetzt, dass trotz niedriger Zinsen die Ausgaben für Verteidigung keinerlei zusätzliche Nachfrage und damit kein Wirtschaftswachstum anstoßen.

Der Internationale Währungsfonds rät zu umfassenden Reformen im Sozialbereich, doch beispielsweise in Frankreich wurden entsprechende Maßnahmen gerade zurückgenommen. Zusätzlich fordert der IWF von der EU, in wachstumsfördernde öffentliche Investitionen zu investieren und eine stabile Energieversorgung zu schaffen, die nicht auf Subventionen angewiesen ist. Außerdem müsse der europäische Binnenmarkt entbürokratisiert werden. Die Bürokratiekosten entsprechen laut Schätzung einem Binnenzoll von bis zu 44 Prozent. Allerdings verschiebt die Europäische Union die Umsetzung ihrer neuen „grünen“ Regelwerke momentan lediglich um wenige Jahre.

Alfred Kammer, der deutsche Direktor des IWF für Europa, hatte bereits vor einem Jahr von der damaligen Bundesregierung gefordert, neben Strukturreformen auch verstärkt neue Kredite aufzunehmen, um den Investitionsstau im Bereich der Infrastruktur zu beheben. Seiner Überzeugung nach ist eine wettbewerbsfähige Wirtschaft nur dann möglich, wenn die Infrastruktur leistungsfähig ist: „denn ohne funktionierende Infrastruktur kann es keine produktive Wirtschaft geben“, sagte Kammer in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*. Zudem plädierte Kammer dafür, die strikten Regeln zur Kreditaufnahme für Bund und Länder zu lockern, damit Spielräume für öffentliche Zukunftsinvestitionen entstehen. Wie Kammer betonte: „Wir als IWF haben ja schon vor einiger Zeit vorgerechnet: Die Schuldenbremse kann gelockert werden – und die Staatsschuldenquote sinkt trotzdem weiter“.

LESEN SIE AUCH:



Auch pro Kopf

Trotz anhaltender Wirtschaftskrise: Deutschland bleibt mit Abstand größter EU-Nettozahler

Jonas Aston • 58



Grundsatzurteil

EU-Gericht: Polen muss im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen anerkennen

Redaktion • 42

Ob diese Empfehlungen wirken, ist allerdings alles andere als sicher. Dennoch setzte Kanzler Friedrich Merz nach der Neuwahl durch, die IWF-Vorschläge im Bundestag zu verabschieden: Im neuen Artikel 143h des Grundgesetzes heißt es nun: „Der Bund kann ein Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 mit einem Volumen von bis zu 500 Milliarden Euro errichten.“ Allerdings ist die Aussetzung der Schuldenbremse für Bereiche wie Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Nachrichtendienste – festgelegt in den Artikeln 109 und 115 – keine Forderung des IWF gewesen.

Die versprochenen 500 Milliarden Euro für Investitionen in Deutschland würden zunächst ebenso lediglich zu steigenden Preisen führen, da es an großen Bauunternehmen mangle. Karl-Heinz Strauss, Vorstandsvorsitzender des Wiener Baukonzerns Porr AG, kritisierte: „Es passiert gar nichts. Im Gegenteil, die Bauleistung in Deutschland geht 2025 sogar zurück. Die neue Regierung hat es trotz Rekordschulden bislang nicht geschafft, das zu ändern“. Weiter erklärte er: „Die

Vorgängerregierung hat ganze Arbeit geleistet und das Land wirtschaftlich ruiniert. Atomkraftwerke wurden abgeschaltet, gleichzeitig explodierten die Strompreise. Die Industrie verliert ihre Basis.“

Werbung

Strauss betont, dass ein Beschluss allein nicht mit einer tatsächlichen Bauaktivität zu verwechseln sei: „Ausschreibung, Planung, Genehmigung – das dauert in Deutschland fünf, sechs Jahre.“ Die lange Vernachlässigung der Infrastruktur zugunsten von Sozialpolitik habe dazu geführt, dass nur etwa 220.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden, obwohl 400.000 nötig wären. Dies treibe die Miet- und Immobilienpreise nach oben, während Maßnahmen wie der Mietendeckel die Neubautätigkeit sogar behinderten.

Teilen:   

Zu den Kommentaren (32) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:    Apple Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) ↕

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per  Pay  Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) ↕

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Abschließen

Werbung